

KURZANALYSE DES NEUEN SICHERHEITSPOLITISCHEN BERICHTS DER SCHWEIZ

Gustav Däniker

Übersicht

Die politische und strategische Entwicklung seit der Wende von 1989/1990 in Europa, die Beurteilung des modernen Bedrohungsspektrums sowie unsere knapper werdenden Ressourcen erfordern eine Neukonzipierung unserer Sicherheitspolitik.

Hier ist anzumerken, dass die "Demokratisierung Osteuropas" und die Entwicklung der UNO, OSZE, NATO und EU nach der strategischen Wende von 1989/90 Chancen für eine stärkere sicherheitspolitische europäische Zusammenarbeit unter Einschluss der Neutralen eröffnete, die es vorher nicht gab. Beim Bedrohungsspektrum traten unmittelbar militärische Gefahren in den Hintergrund, umso sichtbarer wurden grenzüberschreitende Gewaltanwendungen, die nur in einer Koproduktion von Sicherheit gemeistert werden können. Was die Ressourcen anbetrifft, so schrumpfen sie sowohl personell wie materiell, im ersten Bereich vor allem auch den Milizkader betreffend. Der Wille und die Möglichkeit, "in der Armee weiterzumachen" hat namentlich auch im Zuge der Globalisierung nachgelassen.

Die Kernfrage lautet, wie sich die Schweiz gegen Gewalt staats- und existenzgefährdenden Ausmaßes, wer immer sie uns androht oder gegen uns anwendet, im heutigen geostrategischen Umfeld am besten schützen lässt, obwohl sich diese Gewalt in zum Teil neuen Formen präsentiert und zunehmend grenzübergreifend erweist.

Entsprechend analysiert der vorliegende Bericht ausführlich die aktuellen und mutmaßlichen künftigen Risiken und Gefahren; er bewertet gleicherweise auch die Chancen, die sich infolge zahlreicher Anstrengungen der Staatengemeinschaft für die Sicherheit unseres Kontinents ergeben; und er zieht nicht zuletzt unsere eigenen Möglichkeiten und Grenzen in Betracht.

Das hier sehr summarisch wiedergegebene Bedrohungsspektrum wird im Bericht unter Einbezug ökologischer und zivilisatorischer Gefahren ausführlich analysiert. Für den Publikumsgebrauch und auf die Sicherheitsproblematik im engeren Sinne eingehend wird die ursprünglich von General Klaus Naumann stammende Kategorisierung der wichtigsten Gefahren und Risiken (Militärisches Restrisiko, Proliferationsrisiko, Globalisierungsrisiko von Kriminalität und Terrorismus, Destabilisierungsrisiko) verwendet.

Im weiteren legt der Sicherheitsbericht großen Wert auf die Chancennutzung, die sich praktisch eröffnet hat: Die Schweiz ist von lauter Demokratien umgeben, mit denen sie auch in Sachen Sicherheit zusammenarbeiten kann. Sie erhofft sich davon Synergien und kostengünstige Problemlösungen. Sie profitiert von der "Partnerschaft für den Frieden" und auch von bilateraler Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Streitkräften in wechselseitiger Ausbildung Richtung Interoperabilität.

Die Gegenüberstellung dieser Erkenntnisse mit unseren staatspolitischen Zielen und Interessen führt uns zu einer spezifisch schweizerischen sicherheitspolitischen Strategie, die unter dem Titel "Sicherheit durch Kooperation" zusammengefasst werden kann.

Im Rahmen der "Strategieschöpfung" konnten Projektleitung und Regierung auf eine eingehende Diskussion in Fachzirkeln und Öffentlichkeit zurückgreifen. Der allgemeine Trend zur Öffnung, der mit Ausnahme der Neutralitätsfrage in der Schweiz festzustellen ist, erlaubt der Schweiz im Sicherheitsbereich eine Koproduktion über die Landesgrenzen hinaus ins Auge zu fassen. Im Gegensatz zur Option "Autonomie" ("weiter wie bisher") und zur Option "NATO-Beitritt" ("Kurswechsel") verfolgt der Sicherheitsbericht die Option "Kooperation" (Kurskorrektur).

Sie beruht auf der Erkenntnis, dass zur Gewährleistung unserer Werte und zum Schutz von Land und Volk zweierlei Anstrengungen nötig sind:

Einerseits geht es um eine nach wie vor umfassende, gegenüber früher aber flexiblere Kooperation zwischen allen unseren zivilen und militärischen Mitteln, die der sicherheitspolitischen Interessenwahrung dienen, um lagegerechte Maßnahmen treffen, und Abwehrschwerpunkte bilden zu können. Ihr Ziel besteht darin, ein Optimum möglicher Synergien und allenfalls nötiger Aufwuchskapazitäten zu erreichen, damit auf eine aufwendige permanente Ausrichtung auf den schlimmsten Fall verzichtet werden kann. Hierzu muss man an die schweizerische Organisation der "Gesamtverteidigung" (GV) erinnern (ein Gegenstück zur österreichischen Umfassenden Landesverteidigung), die seit den 70er Jahren zu einem immer festeren zivilmilitärischen Verteidigungsgeflecht wurde, aber auch als auf die Bedürfnisse des Kalten Krieges zugeschnittene und relativ schwerfällige Lösung zunehmend unter Kritik geriet. Ihre Ablösung durch die sogenannte "umfassende, flexible Sicherheitskooperation" (UFS) ist noch nicht realisiert, sie ist noch nicht einmal abschließend definiert, ihre Organisation und Koordination soll im Rahmen der neuen "Lenkungsgruppe Sicherheit" ihre Ausgestaltung finden.

Andererseits geht es um die verstärkte Kooperation mit internationalen Sicherheitsorganisationen und mit befreundeten Staaten, um in sich ergänzender Zusammenarbeit mitzuhelfen, Stabilität und Frieden in einem weiteren Umkreis zu gewährleisten. Wir verstärken damit nicht nur die von uns erwartete Solidarität, sondern investieren auch möglichst präventiv in unsere eigene Sicherheit.

Hier findet sich das entscheidende Element der Sicherheitspolitik 2000, wobei der Gedanke bereits im Sicherheitsbericht 90 verankert war, infolge einer Volksabstimmung, bei der die Aufstellung eines "Blauhelmbataillons" keine Gnade fand, aber seines Herzstücks beraubt wurde. Ähnliches konnte dann wieder passieren, wenn die Teilrevision des Militärgesetzes über die Entsendung bewaffneter Schweizer Truppen ins Ausland in der bevorstehenden Referendumsabstimmung vom Souverän nicht akzeptiert wird.

Die in der Sicherheitsdiskussion oft erwähnten beiden weiteren strategischen Optionen, eine möglichst autonome Selbstbehauptung oder der Beitritt zur einer Militärallianz, haben sich in der vertieften Überprüfung sowohl staats- wie sicherheitspolitisch unbefriedigend, weil über alles gesehen zu lückenhaft oder heute nicht zwingend erwiesen.

Der Bericht setzt sich nur kurz mit diesen Optionen (vgl. oben) auseinander, sie spielen aber in der öffentlichen Diskussion nach wie vor eine große Rolle. Für die Fortsetzung der sogenannten "autonomen Verteidigung" treten vor allem die Schweizerische Volkspartei (SVP) und eine "Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)" ein (Anhängerschaft heute rund 25 % der Bevölkerung, Tendenz sinkend. Repräsentative Werte vom August 99). Die Abstimmung über die erwähnte Bewaffnungsfrage gibt ihnen die Möglichkeit, die Sicherheitspolitik 2000 zumindest aus dem geplanten Tritt zu bringen. Sympathien für eine Annäherung an die NATO findet man bei gut 40 %. Doch selbst diejenigen, die einen Beitritt als sicherste Lösung ansehen, verzichten darauf, die Forderung mit Vehemenz zu vertreten, nachdem über 70 % der Bevölkerung an der Neutralität festhalten wollen. Seit der Veröffentlichung des Berichts im Juni 1999 sind als weitere Option von der "Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA)" zwei Initiativen lanciert worden, die einerseits wiederum auf die Abschaffung der Armee, aber auch auf eine Verstärkung der friedensfördernden und humanitären Anstrengungen der Schweiz abzielen. Letztere hat eine gewisse Chance, nachdem rund 80 % der Bevölkerung davon überzeugt sind, die Schweiz sei hierfür prädestiniert.

Bei der Umsetzung dieser Kooperationsstrategie geht es weiterhin um die Meisterung der bereits im Bericht 90 definierten drei strategischen Aufgaben:

Friedensförderung und Krisenbewältigung,
Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren sowie

Verteidigung, wenn auch in neuer und teilweise stärkerer Akzentuierung.

Ergänzend muss hier bemerkt werden, dass für die Armee der Auftrag der "Raumsicherung" dazu kommt, was ihr Aufgabenspektrum in der "normalen Lage" ergänzt. Hierzu gehört neben dem Schutz des Luftraumes u.a. derjenige der schweizerischen Alpentransversalen, auch und insbesondere zugunsten der nördlichen und südlichen Nachbarn.

Wir lösen sie unter Beibehaltung bewährter Traditionen ab, solange diese unseren heutigen und absehbaren Sicherheitsbedürfnissen dienen, aber mit neuen Konzepten, Strukturen und Elementen, soweit sie sich als notwendig erweisen. So bleiben wir bei unserer traditionellen Neutralität unter gleichzeitig voller Ausnützung des neutralitätsrechtlichen Spielraums.

Hier liegt ein weiterer Knackpunkt der neuen Strategie. Die erwähnte Rechts-Opposition sieht in dieser Auffächerung des Neutralitätsbegriffs bereits deren Aushöhlung und den ersten Schritt zu ihrer Aufgabe. Sie wehrt sich vehement gegen jede Verwässerung der "bewaffneten Neutralität", nachdem sie der Schweiz zu "200 Jahren ohne Krieg" verholfen habe. Sie wird ohne Zweifel versuchen, die erwähnte Volksabstimmung über die Bewaffnungsfrage, zu einem Plebiszit "pro und contra Neutralität" zu machen.

So wird aber auch unser gesamtes ziviles und militärisches Sicherheitsinstrumentarium einer Überprüfung unterzogen und wo nötig in einem Reformprozess den neuen Bedürfnissen angepasst. Insbesondere bleibt die Armee grundsätzlich beim bewährten Milizsystem, erfährt aber in Teilen, die sich aus ihrem neuen Auftrag ergebende notwendige Professionalisierung. Verbindliche Vorgabe für die Ausrichtung und das Ziel aller dieser Arbeiten ist die hier vorgelegte Konzeption.

Neuerungen sind auch bei der strategischen Führung notwendig. Die Kantone übernehmen namentlich im Bevölkerungsschutz zusätzliche Verantwortung. Der Bundesrat, nach wie vor die oberste sicherheitspolitische Behörde, verschafft sich vorbereitende Unterstützung durch eine permanente Lenkungsgruppe Sicherheit, in der alle strategisch wichtigen Bereiche vertreten sind und namentlich auch die nachrichtendienstliche Koordination erfolgt. Zu den Aufgaben dieser Gruppe gehört nicht zuletzt die periodische Überprüfung dieser Strategie nach Maßgabe neuer Gefahren und anderer sicherheitspolitisch relevanter Entwicklungen. Die Implementierung der "Sicherheitspolitik 2000" in allen ihren Teilen ist im Gange, verlangt aber einen mehrjährigen intensiven Reform- und Anpassungsprozess.

Nach ihrer Bekanntgabe im Juni letzten Jahres hat die "Sicherheitspolitik 2000" bei den Medien insgesamt eine gute Aufnahme gefunden. Der Nationalrat hat sie in der Wintersession 1999 mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmend zur Kenntnis genommen, die vorberatende sicherheitspolitische Kommission des Ständerates stimmte ihr im Februar 2000 im gleichen Sinne zu. Das Plenum dieses Rates wird wahrscheinlich ebenso entscheiden.

Divisionär a.D. Dr. Gustav Däniker

Ehem. Stv Chef des Generalstabs der Schweizer Armee;

Militärpublizist und Mitglied des Comité directeur du

Programme des Etudes Stratégiques (PSIS), Genève